

---

# Herzlich willkommen!

# Zwischen Verwertbarkeitslogik und Law and Order.

Das „Migrationspaket“ und die  
Wechselwirkungen seiner  
Bestandteile.



GGUA-Flüchtlingshilfe e.V.  
Claudius Voigt  
Hafenstr. 3-5, 48153 Münster  
0251-14486-26  
Voigt@ggua.de  
[www.einwanderer.net](http://www.einwanderer.net)



---

**Das „Migrationspaket“ –  
da braut sich was zusammen...**



Zweites Datenaustauschverbesserungsgesetz

Gesetz zur Beschleunigung, Vereinfachung und Vereinheitlichung von Asylklageverfahren ???

Drittes Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Gesetz zur Entfristung d. Integrationsgesetzes (Wohnsitzregelung)

Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz

Fachkräfteeinwanderungsgesetz, ab 1. März 2020

**„Geordnete Rückkehr Gesetz“ (Hau-ab-Gesetz II), seit 21. August 2019**

Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung (ab 1. Januar 2020)

Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch (Kindergeldausschluss EU-Bürger\*innen)

Drittes Gesetz zur Änderung des AsylbLG

Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Integrationsgesetz und der Beschäftigungsverordnung (Streichung Vorrangprüfung)

---

# Fachkräfteeinwanderungsgesetz

**In Kraft ab 1. März 2020**

---

# Beschäftigungserlaubnis

# Beschäftigungserlaubnis

- **(formaler) Paradigmenwechsel bei der Beschäftigungserlaubnis (§ 4a AufenthG):** Erwerbstätigkeit wird grundsätzlich erlaubt und steht unter Verbotsvorbehalt. Bisher: grundsätzlich verboten und unter Erlaubnisvorbehalt. Materiell ändert sich dadurch fast nichts.
- **Grundsätzliche Streichung der Vorrangprüfung (§ 39 Abs. 2 AufenthG):** Vorrangprüfung nur noch für Aufenthalt zur betrieblichen Berufsausbildung, für Nicht-Fachkräfte aus bestimmten Staaten (z. B. West-Balkan), für § 38a.



---

# Fachkräfte



# AUFENTHALTSTITEL

Y701001V1

Name

KARTAL  
EMINE

Gültig bis

31-03-2012

Ausstellungsort/Gültig ab

MÜNCHEN

01-04-2011

Art des Titels

AUFENTHALTSERLAUBNIS

Anmerkungen

18 ABS. 4 I. V. M.

27 NR. 2 BESCHV

SIEHE ZUSATZBLATT

AUSWEISERSATZ

PERSONALIEN LT EIGENER ANGABE



925732

Unterschrift  
der Inhaberin/des Inhabers

RESIDENCE PERMIT

# Aufenthaltserlaubnis Beschäftigung

→ **Bisher:**

§ 18 AufenthG (Beschäftigung)

→ **Künftig:**

§ 18a AufenthG (Fachkräfte mit Berufsausbildung)

→ § 18b AufenthG (Fachkräfte mit akademischer Ausbildung)



# Aufenthaltserlaubnis Beschäftigung

## Bisher:

- Hochschulabsolvent\*innen mit in- oder ausländischem Hochschulabschluss
- nicht-akademische Fachkräfte *bestimmter* Ausbildungsberufe (laut „Positivliste“):
  - für eine „*der beruflichen Qualifikation angemessenen bzw. entsprechenden Beschäftigung*“,
  - wenn „*Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation mit einer inländischen qualifizierten Berufsausbildung festgestellt*“ wurde.

# Aufenthaltserlaubnis Beschäftigung

## Künftig:

- Fachkräfte mit akademischer Ausbildung mit in- oder ausländischem Hochschulabschluss
- Fachkräfte mit *qualifizierter* (in- oder ausländischer) Berufsausbildung in *allen* Ausbildungsberufe



- für „*qualifizierte Beschäftigung, zu der ihre erworbene Qualifikation sie befähigt*“,
- „*wenn Gleichwertigkeit der Qualifikation festgestellt wurde*“.

# Aufenthaltserlaubnis Beschäftigung

- Für über 44jährige Fachkräfte wird in der Regel ein Mindesteinkommen von 44.220 Euro pro Jahr (West) bzw. 40.590 Euro pro Jahr (Ost) verlangt.
- Ansonsten muss der Lebensunterhalt durch das Einkommen gesichert sein.



---

**Zustimmung der BA?**

# Zustimmung der BA

---

## Bisher:

- Zustimmung der BA erforderlich
- Prüfung der Beschäftigungsbedingungen
- z. T. Vorrangprüfung (insbesondere bei Personen mit ausländischem Hochschulabschluss)



# Zustimmung der BA

## Künftig:

- Zustimmung der BA erforderlich
- Prüfung der Beschäftigungsbedingungen
- Vorrangprüfung entfällt



---

# **Sonderregelung für bestimmte Staatsangehörige**

# Sonderregelung

## Sonderregelungen für folgende Staatsangehörige:

- Andorra, Australien, Israel, Japan, Kanada, Südkorea, Monaco, Neuseeland, San Marino, USA: **jede Beschäftigung möglich** (auch Helfertätigkeiten) (§ 26 Abs. 1 BeschV)
- Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien: **jede Beschäftigung möglich** (auch Helfertätigkeiten), nur mit Visum und nur, wenn in den letzten zwei Jahren keine AsylbLG-Leistungen bezogen wurden! (§ 26 Abs. 2 BeschV). Mindesteinkommen bei über 44Jährigen: 44.220 Euro pro Jahr (West) bzw. 40.590 Euro pro Jahr (Ost)
- Mit Vorrangprüfung und Prüfung der Beschäftigungsbedingungen (bleibt auch künftig!)

---

# Sonderregelung für IT

# Sonderregelung IT

## Unabhängig von der formalen Qualifikation

- kann eine Aufenthaltserlaubnis für Beschäftigungen in der **IT- und Telekommunikationstechnologie** erteilt werden, wenn
- in den letzten sieben Jahren drei Jahre Berufserfahrung vorliegen
- i. d. R. B1
- Mindesteinkommen von 48.240 (West) bzw. 44.280 (Ost).



---

# **Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte**

# Niederlassungserlaubnis

## Eine unbefristete Niederlassungserlaubnis gibt es

→ Nach **vier Jahren** Besitz der Aufenthaltserlaubnis als Fachkraft mit ausländischem Abschluss



→ Nach **zwei Jahren** mit inländischem Abschluss

→ Nach **33 Monaten** mit Blauer Karte-EU und A1

→ Nach **21 Monaten** mit Blauer Karte-EU und B1

---

# **Blaue Karte-EU (§ 19a)**





# AUFENTHALTSTITEL

Y701001V9

Name

WURZELBACHER  
JOE

Gültig bis

01-04-2013

Ausstellungsort/Gültig ab

STUTT GART

01-04-2011

Art des Titels

BLAUE KARTE EU

Anmerkungen

19A

SIEHE ZUSATZBLATT

PASS(-ERSATZ)-NR. 82354785

GÜLTIG BIS 30-11-2019



125460

Unterschrift  
der Inhaberin/des Inhabers

RESIDENCE PERMIT

# Blaue Karte EU

- **Voraussetzungen:**
- Hochschulabschluss und Einkommen mind. 53.600 Euro Arbeitnehmerbrutto, zustimmungsfrei
- Hochschulabschluss in einem Mangelberuf, ortsüblicher Lohn, mindestens 41.808 €, Prüfung der Beschäftigungsbedingungen durch die BA.
- Befristet bis vier Jahre, Verlängerung möglich, nach zwei Jahren uneingeschränkter Zugang zu Beschäftigung

# Blaue Karte EU (19a)

- "Mangelberufe" sind nach der Internationalen Standardklassifikation der Berufe folgende Gruppen:
  - 21 Naturwissenschaftler, Mathematiker, Ingenieure)
  - 221 Ärzte
  - 25 IT und Kommunikationsfachkräfte

---

# Aufenthaltserlaubnis für Ausbildung

# Ausbildung

- Für betriebliche Ausbildung (§ 16a - neu):
- Mit Vorrangprüfung und Prüfung der Beschäftigungsbedingungen
- Auch für berufsbezogenen Deutschsprachkurs
- Bei qualifizierter Ausbildung: i. d. R. B1
- Bei qualifizierter Ausbildung: zehn Stunden Nebenbeschäftigung möglich
- Bei qualifizierter Ausbildung: zwölf Monate Arbeitssuche
- Spurwechsel bei abgebrochener Ausbildung möglich in: Aufenthalt als Fachkraft oder bei gesetzlichem Anspruch
- Ab 1. August 2019: BAB-Anspruch
- Lebensunterhaltssicherung: Mittel in Höhe des BAföG-Höchstsatzes erforderlich (735 Euro, künftig 850 Euro)

---

# Arbeitssuche

# Arbeitsplatzsuche

## Aufenthalt zur Arbeitssuche auch für:

→ **Fachkräfte mit ausländischer Berufsausbildung** (für sechs Monate), Probebeschäftigungen bis zehn Stunden pro Woche möglich, Voraussetzung: der angestrebten Tätigkeit entsprechende Sprachkenntnisse, LU-Sicherung



→ **außerdem (wie bisher):** nach Ausbildungs- oder Studienabschluss in Deutschland, nach Anerkennung der ausländischen Berufsqualifikation, für Fachkräfte mit ausländischem Hochschulabschluss (sechs bis 18 Monate), LU-Sicherung ist Bedingung.

# Arbeitsplatzsuche

→ **Einreisemöglichkeit für die Ausbildungsplatzsuche, für sechs Monate (§ 17 Abs. 1 AufenthG-E).**

Bisher nicht möglich. Auch künftig sehr restriktive Voraussetzungen – z. B. ausländischer Schulabschluss, der zu einem Hochschulzugang in Deutschland oder im Herkunftsland berechtigt, unter 25 Jahre und B 2, LU-Sicherung.





---

# Berufsanerkennung

# Wesentliche Inhalte des FKEG

- **Längere Aufenthaltserlaubnis für das berufliche Anerkennungsverfahren (§ 16d AufenthG-E)**  
künftig 18 Monate plus sechs Monate Verlängerungsoption
- **Nachqualifizierung in rein betrieblicher Praxis möglich**  
wenn „schwerpunktmäßig Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten in der betrieblichen Praxis fehlen.“ Nur für nicht-reglementierte Berufe.
- **Antrag für das Anerkennungsverfahren nach der Einreise möglich**  
bei Vermittlungsabsprachen zwischen BA und Herkunftsland, insbesondere in Pflegeberufen (Triple Win).
- **Spurwechsel nach gescheitertem Anerkennungsverfahren wird ermöglicht** (z. B. in Studium oder Ausbildung)

---

# **Beschleunigtes Anerkennungsverfahren (§ 14a BQFG)**

# Beschleunigtes Anerkennungsverfahren

## Beschleunigtes Anerkennungsverfahren :

- Eingangsbestätigung innerhalb von **zwei Wochen** (statt einem Monat)
- Entscheidung i. d. R. innerhalb von **zwei Monaten** (statt drei)
- Voraussetzung: Arbeitgeber beantragt **beschleunigtes Fachkräfteverfahren bei der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB)** mit Vollmacht des Interessenten
- ZAB ist dann für die Einleitung des Anerkennungsverfahrens zuständig



---

# **Beschleunigtes Fachkräfteverfahren (§ 81a AufenthG)**

# Beschleunigtes Anerkennungsverfahren

## Beschleunigtes Fachkräfteverfahren nach § 81a AufenthG:



- ZAB ist für die Zustimmungsanfrage bei der BA, für die Information der Botschaft und eine Vorabzustimmung zuständig
- Botschaft vergibt dann Termin innerhalb von **drei Wochen** nach Vorabzustimmung durch die Ausländerbehörde
- Botschaft entscheidet innerhalb von **drei Wochen** ab Visumsantrag
- Kosten: 411 Euro

---

# Mitteilungspflichten

# Mitteilungspflichten



## Künftig sollen

- Arbeitgeber\*innen müssen innerhalb von vier Wochen mitteilen, wenn eine Beschäftigung vorzeitig beendet wird von Personen mit einem Aufenthaltstitel nach Abschnitt 4 (Erwerbstätigkeit)
- Bußgeld: bis zu 1.000 Euro



**Zweites Gesetz zur besseren  
Durchsetzung der Ausreisepflicht  
(„Geordnete Rückkehr-Gesetz“,  
oder: Hau-ab-Gesetz II)**

**In Kraft seit 21. August 2019**

# "Geordnete Rückkehr Gesetz"

## Prekarisierung des Daseins

- „**Duldung für Personen mit ungeklärter Identität**“ für Personen, die *kausal* für die Unmöglichkeit der Abschiebung verantwortlich sind: Arbeitsverbote, Residenzpflicht, Bußgeld wegen Nicht-Mitwirkung bei Passbeschaffung: 5.000 Euro, Zeiten werden nicht angerechnet für Ausbildungsduldung
- **Übergangsregelung**: Keine Anwendung der „Duldung bei ungeklärter Identität“ bis 1. Juli 2020 für geduldete Personen, die sich in einem Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis befinden.
- **Übergangsregelung**: Keine Anwendung für Inhaber\*innen einer Ausbildungs- oder Beschäftigungsduldung. (§ 105 AufenthG)

# "Geordnete Rückkehr Gesetz"

## Prekarisierung des Daseins

- Ausweitung der **Abschiebungshaft**, "Ausreisegewahrsam"
- **Unverletzlichkeit der Wohnung** bei Abschiebungen wird eingeschränkt (Betreten vs. Durchsuchen)
- **Abschiebetermine** werden als „Dienstgeheimnis“ eingestuft: Strafbarkeit für Mitarbeiter\*innen öffentlicher Stellen
- Erschwerter Erhalt der **Niederlassungserlaubnis** (nur nach Mitteilung, dass kein Widerruf stattfindet)
- Erhöhte Anforderungen für ärztliche **Atteste** zur Reiseunfähigkeit oder für Abschiebungsverbote

# "Geordnete Rückkehr-Gesetz"

## Isolation in Landeseinrichtungen

- **verlängerte Pflicht zum Leben in Landeslagern** für 18 Monate, z. T. darüber hinaus. Für Familien mit Kindern für sechs Monate. Spielräume der Länder bleiben!
- Einführung **Asylverfahrensberatung**: *„Das Bundesamt führt eine für die Asylsuchenden freiwillige, unabhängige staatliche Asylverfahrensberatung durch. Diese erfolgt in zwei Stufen. Auf der ersten Stufe werden allen Asylsuchenden vor Antragstellung in Gruppengesprächen Informationen zum Ablauf des Asylverfahrens sowie zu Rückkehrmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Auf der zweiten Stufe erhalten alle Asylsuchenden in Einzelgesprächen eine individuelle Asylverfahrensberatung, die durch das Bundesamt oder durch Wohlfahrtsverbände durchgeführt wird.“* (§ 12a AsylG)

# "Geordnete Rückkehr-Gesetz"

## Isolation in Landeseinrichtungen

- **Pflicht zum Schutz vulnerabler Personen:**
- *"Die Länder sollen geeignete Maßnahmen treffen, um bei der Unterbringung Asylbegehrender nach Absatz 1 den Schutz von Frauen und schutzbedürftigen Personen zu gewährleisten."* (§ 44 Abs. 2a AsylG)
- Gilt auch für **kommunale Gemeinschaftsunterkünfte** nach kommunaler Zuweisung (§ 53 Abs. 3 AsylG)

# "Geordnete Rückkehr-Gesetz"

## Isolation in Landeseinrichtungen

- Im Landeslager wird für Personen im laufenden Asylverfahren der **Anspruch auf Beschäftigungserlaubnis** eingeführt (nach neun Monaten Asylverfahren; gilt nicht für "sichere Herkunftsstaaten"). Dieser Anspruch gilt auch nach Zuweisung in die Kommunen (§ 61 AsylG)
- Mit **Duldung** besteht in den **Landeslagern** eine Wartefrist von sechs Monaten Besitz der Duldung.
- Nach Ablehnung des Asylantrags (und Duldungserteilung) muss die **Beschäftigung** somit wieder **abgebrochen** werden und sechs Monate gewartet werden, bis eine neue Beschäftigungserlaubnis ausgestellt werden darf.

# "Geordnete Rückkehr-Gesetz"

## Migrationssteuerung durch Verweigerung des menschenwürdigen Existenzminimums:

- Vollständige **Sozialleistungsstreichung** für Personen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind und einen Schutzstatus in einem anderen EU-Staat haben ("Überbrückungsleistungen" für zwei Wochen, danach nur noch in "Härtefällen" Leistungen).
- Ausweitung der **Leistungskürzungen z. B. auf Dublin-Fälle**: Streichung des Bargelds; nur noch ein eingeschränktes physisches Existenzminimum (umgerechnet etwa 180 Euro).
- **Verlängerung der Voraufenthaltszeit** von 15 auf 18 Monate für § 2-Leistungen.

# "Geordnete Rückkehr-Gesetz"

- Verlängerung der **Widerrufs- und Rücknahmefrist** für Anerkennungen, die in den Jahren 2015 bis 2017 unanfechtbar geworden sind (bis jeweils 31. Dezember 2019 bis 2021) (§ 73 Abs. 7 AsylG)



---

**Gesetz über Duldung bei  
Ausbildung und Beschäftigung  
Inkrafttreten 1. Januar 2020**

# Ausbildungsduldung (§ 60c AufenthG)

## Ausbildungsduldung: Viele Verschärfungen und wenige Verbesserungen

- Ausbildungsduldung auch für **Helfer\*innenausbildungen**, wenn an diese *„eine qualifizierte Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf, für den die Bundesagentur für Arbeit einen Engpass festgestellt hat, anschlussfähig ist und dazu eine Ausbildungsplatzzusage vorliegt.“*
- Ausbildungsduldung frühestens **sechs Monate**, Antragstellung frühestens **sieben Monate** vor Ausbildungsbeginn
- **Neue Beschäftigungsverbote** für Menschen aus als „sicher“ erklärten Herkunftsländern, wenn sie einen Asylantrag nicht gestellt oder ihn zurückgenommen haben (Ausnahmen)

# Ausbildungsduldung (§ 60c AufenthG)

- Anspruch nur bei **innerhalb** bestimmter Fristen **geklärter Identität**. Ansonsten: **Ermessen**.
- Ausbildungsduldung für Geduldete erst **nach drei Monaten „normaler“ Duldung**. Gesetzesbegründung: *„Dieser Zeitraum gibt den Ausländerbehörden Gelegenheit, die Aufenthaltsbeendigung oder Maßnahmen zur Vorbereitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen zu betreiben, wie zum Beispiel den Ausländer aufzufordern, sich einen Pass- oder Passersatz zu beschaffen.“*

# Beschäftigungsduldung (§ 60d AufenthG)

- **Beschäftigungsduldung: Kein Spurwechsel in Sicht!**
- Beschäftigungsduldung für 30 Monate soll erteilt werden für Personen, **die vor 1. August 2018 eingereist** sind, wenn:
  - Seit **zwölf Monaten Besitz einer** „normalen“ Duldung.  
*„Der Zeitraum gibt den Ausländerbehörden die Möglichkeit, aufenthaltsbeendende Maßnahmen durchzuführen.“*
  - Seit 18 Monaten **35-Stunden-Beschäftigung**, bei **Alleinerziehenden 20 Stunden**.
  - Seit 12 Monaten **Lebensunterhalt** für diese Person gesichert. Auch zukünftig!

# Beschäftigungsduldung (§ 60d AufenthG)

- **Deutschkenntnisse A 2 (mündlich)**
- Keine **Straftaten** über 50 / 90 TS: Sippenhaftung
- Tatsächlicher **Schulbesuch der minderjährigen Kinder** nachgewiesen
- Keine **Straftaten** der minderjährigen Kinder über bestimmten Grenzen, kein BTMG-Verstoß
- **Identität** geklärt innerhalb bestimmter Fristen, i.d.R. in sechs Monaten nach Einreise. Ansonsten nur Ermessen.

# Beschäftigungsduldung (§ 60d AufenthG)

- **Meldepflicht** bei Beendigung der Beschäftigung: Betrieb: innerhalb zwei Wochen, Bußgeld bis 30.000 Euro.  
Arbeitnehmer: innerhalb zwei Wochen, Bußgeld bis 1.000 Euro.
- Wenn Beschäftigung endet oder eine der anderen Voraussetzungen entfällt), **wird Beschäftigungsduldung widerrufen**.
- Ausnahmen nur bei "**kurzfristiger**" **Unterbrechung** der Beschäftigung, „*die der Ausländer nicht zu vertreten hat*“, aber keine Ausnahme von der Lebensunterhaltssicherung.
- Nach 30 Monaten Besitz der Beschäftigungsduldung soll **Aufenthaltserlaubnis** erteilt werden, wenn **alle** Voraussetzungen weiterhin vorliegen. Erst dann "Spurwechsel".

---

**Verordnung zur Änderung der  
Verordnung zum Integrationsgesetz  
und der Beschäftigungsverordnung**

**In Kraft seit 6. August 2019.**

# Änderung Beschäftigungsverordnung

- **Vorrangprüfung** für Geduldete und Asylsuchende wird flächendeckend und unbefristet **gestrichen**.
- Zugang zu **Leiharbeit** für Geduldete und Gestattete soll dauerhaft geöffnet bleiben.
- **Hinweis: Gilt nur für Personen mit Duldung und Aufenthaltsgestattung**, nicht jedoch für andere Aufenthaltstitel: So bleibt die Vorrangprüfung u. a. für § 38a, für Aufenthalt zum Zwecke der Ausbildung, für Westbalkanregelung auch nach März 2020 bestehen.



---

# Ausländerbeschäftigungs- förderungsgesetz

**In Kraft seit 1. August 2019**

# Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz

- **Frühzeitige Arbeitsförderung** von Asylsuchenden mit „guter Bleibeperspektive“ wird entfristet.
- **Aber: „Gute Bleibeperspektive“** wird nur noch für Syrien und Eritrea gewahrsagt.
- **Ausbildungsbegleitende Hilfen (AbH), Berufsvorbereitende Maßnahmen (BvB) und Assistierte Ausbildung (ASA)** werden für Asylsuchende und Geduldete unabhängig vom Herkunftsland geöffnet, z. T. mit Wartefristen.
- **Außerbetriebliche Berufsausbildung (BaE)** wird für Asylsuchende und Geduldete kategorisch **ausgeschlossen**.
- **Ausbildungsbeihilfe (BAB)** wird vom Aufenthaltsstatus entkoppelt: Zugang haben nun auch Unionsbürger\*innen sowie Personen, die zum Zweck der Ausbildung kommen. **Asylsuchende** werden jedoch nun kategorisch **ausgeschlossen (stattdessen AsylbLG)**.
- **Förderlücke** im AsylbLG wird geschlossen.

# Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz

- **Integrationskurse und berufsbezogene Deutschkurse** für Asylsuchende unabhängig vom Herkunftsland nach drei Monaten Aufenthalt geöffnet, wenn Einreise vor 1.8.2019 war **und** entweder "Arbeitsmarktnähe" besteht (mindestens Arbeits- oder Ausbildungssuchendmeldung), oder Kinder unter sechs Jahren ohne Betreuung sind.
- **Unklar:** Ist Arbeitssuchendmeldung trotz fehlendem Arbeitsmarktzugang möglich, z. B. in den Landeslagern?
- Für **nach 1.8.2019 eingereiste Asylsuchende oder ohne Arbeitssuchendmeldung** nur bei „guter Bleibeperspektive“
- **Das heißt:** Für ab 1. August 2019 eingereiste Asylsuchende bestehen **Verschlechterungen** bei der Sprachförderung im Vergleich zur bisherigen Regelung!
- **Berufsbezogene Deutschkurse** werden für Geduldete mit "Arbeitsmarktnähe" geöffnet (mind. Arbeitssuchendmeldung).

---

# **Drittes Gesetz zur Änderung des AsylbLG**

**In Kraft seit 1. September 2019**

# Drittes Gesetz zur Änderung des AsylbLG

- Regelsätze werden mit dreijähriger Verspätung an aktuelle **Bedarfsberechnung (EVS)** angepasst.
- **Regelsatzkürzung um zehn Prozent** für alle Alleinstehenden in Gemeinschaftsunterkünften (Zwangsverpartnerung, „Schicksalsgemeinschaft“). Das Sozialgericht Landshut hat das im Eilverfahren schon für verfassungswidrig erklärt.
- Stromkosten werden künftig gesondert erbracht, dadurch **Kürzung der Geldleistungen** um 38 Euro.
- **Schließung der Förderlücke** bei Ausbildung (während Ausbildungen gibt es künftig Leistungen nach § 2 AsylbLG).
- Einführung eines **Freibetrags** bei ehrenamtlicher Tätigkeit von 200 Euro.

---

# **Gesetz zur Entfristung des Integrationsgesetzes**

**In Kraft seit 12. Juli 2019**

# Entfristung Integrationsgesetz

- Regelung zur Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge wird **entfristet** und an einigen Stellen **verschärft** (Zustimmungspflicht der aufnehmenden Kommune).
- Wohnsitzauflage gilt für ein **Bundesland**, in sieben Bundesländern sogar für eine konkrete **Stadt**. In zwei Bundesländern gibt es "**verbotene Städte**" (Niedersachsen und Rheinland-Pfalz).
- Wohnsitzauflage gilt individuell für **drei Jahre**.
- Integration wird dadurch faktisch **erschwert** statt erleichtert.
- Unzureichende **Härtefallregelung**, Gewaltschutz nicht immer gewährleistet.
- Europarechtlich und völkerrechtlich **fragwürdig**.
- Keine **Evaluation** über die Wirkung.

---

**Gesetz gegen illegale  
Beschäftigung und  
Sozialleistungsmissbrauch  
(„Kindergeldausschlussgesetz“)**

**In Kraft seit 18. Juli 2019**



# Kindergeldausschlussgesetz

- Ausweitung der **Kompetenzen für FKS** bei der Ahndung illegaler Beschäftigung und ausbeuterischer Arbeitsbedingungen
- Verbot von „**Tagelöhnerbörsen**“
- **Ausschluss vom Kindergeld** für nichterwerbstätige oder arbeitssuchende Unionsbürger\*innen, sofern sie nicht vorher gearbeitet haben.
- **Übermittlungspflichten** der Familienkassen an die Ausländerbehörden zwecks Aberkennung des Freizügigkeitsrecht

---

**Drittes Gesetz zur Änderung des  
Staatsangehörigkeitsgesetzes**  
**In Kraft seit 9. August 2019**

# Änderung Staatsangehörigkeitsgesetz

- Für Einbürgerung muss **„die Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse gewährleistet sein“** (Leitkulturparagraf, gemeint ist insbesondere Mehrehe).
- **Identität muss geklärt sein**, d. h. faktischer Ausschluss der Einbürgerung für viele anerkannte Flüchtlinge.
- **Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit** bei doppelten Staatsbürger\*innen, wenn sie in die Streitkräfte oder einen vergleichbaren bewaffneten Verband eines anderen Staates (IS) eintreten.

---

# Zweites Datenaustausch- verbesserungsgesetz

**Überwiegend in Kraft seit 9. August  
2019**

# Datenaustauschverbesserungsgesetz

- Automatisierter **Zugriff auf AZR-Daten** durch andere Behörden.
- **Erkennungsdienstliche Behandlung** in bestimmten Fällen durch die Bundespolizei auch außerhalb der 30km-Zone an der Grenze
- **Herabsetzung des Mindestalters** für die Abnahme von Fingerabdrücken von 14 auf sechs Jahre.

---

**Bewertung:**

# Bewertung

- Das Aufenthaltsrecht wird im Sinne der **Verwertbarkeitslogik** auf der einen und **Law and Order** auf der anderen Seite umgebaut.
- Für einen menschenrechtlich orientierten Ansatz bleibt dabei kaum mehr Raum. Viele **Grund- und Menschenrechte** drohen unter die Räder zu kommen. Eine unvollständige Auswahl:
  - Menschenwürdiges **Existenzminimum** (Art 2 i. V. m. Art 20 GG)
  - Unverletzlichkeit der **Wohnung** (Art. 13 GG)
  - Recht auf **Freizügigkeit** (Art. 12 UN-Zivilpakt)
  - Vorrang des **Kindeswohls** (Art. 3 UN-Kinderrechtskonvention)
  - Besondere Bedürfnisse **Schutzbedürftiger Personen** (Art. 21 EU-Aufnahmerichtlinie)
  - Recht auf **Arbeit** (Art. 6 UN-Sozialpakt)
  - Recht auf **Schulbesuch**, Schulpflicht (Art. 13 UN-Sozialpakt)

# Bewertung

- Die Innenpolitik hat gegenüber der Arbeits- und Integrationspolitik deutlich die Oberhand gewonnen. Alles wird dem Primat **„Verhinderung von Pull-Effekten“** untergeordnet.
- Für einen erheblichen Teil Asylsuchender wird zukünftig frühzeitige **Integration und Arbeitsmarktteilhabe verhindert** – um die „Abschiebungsreife“ zu erhalten.
- Ein Großteil der **Verbesserungen** ist nur **befristet** eingeführt worden. Die **Verschlechterungen** allerdings **dauerhaft**.
- Ein **Spurwechsel wird nicht ermöglicht**, die Beschäftigungsduldung wird nur für wenige Betroffene eine Lösung bieten.
- Kurz: In zwei Jahren werden wir dieselben Diskussionen erneut führen müssen.



**Was noch kommen wird:**  
**„Gesetz zur weiteren steuerlichen  
Förderung der Elektromobilität und  
zur Änderung weiterer steuerlicher  
Vorschriften“**

**(es geht um Familienleistungen)**

**Inkrafttreten zum 1. Januar 2020**

**bzw. 1. März 2020**

# Familienleistungen

- **Ab 1. Januar 2020:** Anspruch auf Kindergeld, Elterngeld und Unterhaltsvorschuss für Personen mit einer **Beschäftigungsduldung** (§ 60a Abs. 2 Satz 3 i. V. m. § 60d AufenthG)
- **Ab 1. März 2020:** Anspruch auf Familienleistungen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 wegen Krieg im Heimatland, § 23a, § 24, §§ 25 Abs. 3 bis 5 AufenthG wenn
  - » **entweder** 15 Monate Aufenthalt
  - » **oder** Erwerbstätigkeit, Elternzeit oder Alg I-Bezug.

# Familienleistungen

- **Ab 1. März 2020:** Anspruch auf Familienleistungen auch mit Aufenthaltserlaubnis für **Studium** (künftig: § 16b), **Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse** (künftig: § 16d), **Arbeitsplatzsuche mit deutschem Abschluss** (künftig: § 20 Abs. 3), wenn
  - Erwerbstätigkeit, Elternzeit oder Alg-I-Bezug
  - und Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für mind. sechs Monate gilt.
- Ab 1. März 2020: Anspruch auf Familienleistungen auch mit **Aufenthaltserlaubnis für Ausbildung** (künftig: § 16a).
- **Kein Anspruch** mit Aufenthaltserlaubnis für studienbezogenes Praktikum-EU, Au Pair, Saisonbeschäftigung, Europäischen Freiwilligendienst und Arbeitsplatzsuche ohne deutschen Abschluss.